

Informationen der CDU-Ratsfraktion Mönchengladbach

Sehr geehrte Damen und Herren,

zwei prall gefüllte Ordner nahmen die Mitglieder der CDU-Ratsfraktion nach der jüngsten Ratssitzung mit nach Hause. Ihr Inhalt, der Entwurf des städtischen Haushalts 2005 und das dazu gehörende Haushaltssicherungskonzept, werden in den nächsten Wochen im Mittelpunkt der Arbeit stehen.



Illusion darf sich dabei niemand hingeben. Finanzielle Spielräume hat die Stadt Mönchengladbach nicht. Sie kann sie aus eigener Kraft auch nicht schaffen, weil die Strukturen schon lange nicht mehr stimmen. Bund und Land lassen die Kommunen trotz vollmundiger Versprechen, die Gemeindefinanzierung zu reformieren, weiterhin in Stich.

Eigene Einnahmequellen sind ausgeschöpft, weil höhere Belastungen - etwa durch Gewerbe- oder Grundsteuern - den Unternehmen und Bürgern nicht zuzumuten sind. Deshalb kann die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform, die diesen Namen auch verdient, nicht laut genug erhoben werden.

Die CDU-Fraktion wird jedoch nicht nur Forderungen erheben. Wir machen konkrete Vorschläge, wie aus unserer Sicht etwas für die Stadt Mönchengladbach bewegt werden kann. Ein Beispiel ist unser Antrag, nach Möglichkeit die GEM wieder zu 100 Prozent in den Besitz der Stadt zu bringen.

Darüber und über zahlreiche weitere aktuelle Themen berichten wir in dieser Ausgabe unseres Informationsdienstes "CDU direkt", mit dem wir Sie auch im nächsten Jahr regelmäßig über die Arbeit der CDU-Fraktion informieren wollen.

Zum Jahresende möchte ich mich auch im Namen aller Fraktionsmitglieder für Ihr Interesse an der Arbeit der CDU-Fraktion bedanken. Bitte begleiten Sie uns auch im Jahr 2004 mit Anregungen und konstruktiver Kritik. Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read "R. M. B.", with a long horizontal stroke extending to the right.

Rolf Besten
Fraktionsvorsitzender

Kanalgebühren steigen stufenweise

"Nicht zumutbar", hieß das einhellige Urteil der CDU-Ratsfraktion, nachdem die NVV AG ihren Vorschlag für Kanalgebühren im Jahr 2005 auf den Tisch gelegt hatte. Die Notwendigkeit einer deutlichen Gebührenerhöhung wurde zwar anerkannt, aber ein Plus von 31,07 Prozent beim Schmutzwasser und von 22,05 Prozent beim Regenwasser in einem Schritt - das war eindeutig zu viel.

Deshalb stellte die CDU in einer gemeinsamen Sondersitzung des Umweltaus-

**Plus geringer
als zunächst
geplant**

schusses mit dem Planungs- und Bauausschuss den Antrag, die Möglichkeit einer Streckung dieses Gebührenanstiegs zu prüfen. Ergebnis war ein "Stufenplan", nach dem die ursprünglich vorgesehene Steigerung nun auf drei Schritte verteilt wird. Danach wird für den privaten Haushalt die Schmutzwassergebühr 2005 von 2,06 auf 2,47 Euro pro Kubikmeter steigen, die Regenwassergebühr von 1,27 auf 1,41 Euro pro Kubikmeter.

"Dieses Plus ist sicherlich immer noch deutlich, aber spürbar geringer als zunächst geplant", sagt CDU-Fraktionsvorsitzender Rolf Besten und erläutert die Notwendigkeit, die Abwassergebühr in diesem Umfang zu erhöhen:

Auslöser sind die extrem hohen Investitionen der NVV AG für die Sanierung und Entwicklung des Kanalnetzes. In den Jahren 1996 bis 2004 sind dafür Kosten in Höhe von etwa 265 Millionen Euro entstanden. Die Ausgaben, die durch die Aufnahme von Darlehen finanziert wurden, sind durch den Neubau des Entlastungssammlers Dahl-Hamern-Neuwerk geprägt, aber auch zum Beispiel durch die Erschließung des Nordparkgeländes und zahlreiche weitere Einzelmaßnahmen.

**Schulden
nicht auf Enkel
verschieben**

Eine Verschuldung von aktuell 266 Millionen Euro würde bei unveränderter Finanzierung auf etwa 375 Millionen Euro im Jahr 2025 ansteigen. Rolf Besten: "Wir müssen durch eine Umstellung der Kalkulation von den tatsächlichen Zinsen auf die so genannte kalkulatorische Verzinsung in eine erhöhte Tilgung einsteigen, um die Schulden von heute nicht auf unsere Kinder und Enkel zu verschieben." Leicht sei niemandem aus der CDU-Fraktion die Zustimmung zu den entsprechenden Gebührenerhöhungen gefallen, doch die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen habe keine andere Wahl gelassen. Nach der neuen Berechnungsmethode wird der Schuldenstand in Bezug auf das Kanalnetz im Jahr 2025 von 375 Millionen Euro auf etwa 200 Millionen Euro verringert. Allein dadurch reduziert sich die jährliche Zinsbelastung um etwa 10 Millionen Euro.

Hartz IV ein Dauerthema in großen Städten

**Umfrage zur
Ratsarbeit
analysiert**

Viel Lob erhielt die CDU-Ratsfraktion für die Ausrichtung der Herbsttagung des Arbeitskreises „Große Städte“, den die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands zweimal im Jahr organisiert. Für zwei Tage war Mönchengladbach Ziel von CDU-Fraktionsvorsitzenden und –Geschäftsführern aus den 40 größten deutschen Städten.

Zunächst diskutierten die Fraktionsgeschäftsführer die Ergebnisse einer Umfrage zur Rats- und Fraktionsarbeit in den nordrhein-westfälischen Großstädten diskutieren. „Dabei ging es um die Effektivität dieser Arbeit, aber auch um Fragen, wie sich Beruf und ehrenamtliches Mandat für engagierte Rats- und Bezirksvertretungsmitglieder überhaupt noch vereinbaren lassen“, nannte Hans Wilhelm Reiners, Geschäftsführer der CDU-Ratsfraktion Mönchengladbach, zwei wichtige Aspekte der Umfrage.

**Aktivitäten
der EWMG
überzeugten**

In großer Runde unter Vorsitz des Mannheimers Dr. Sven-Joachim Otto stand anschließend – nicht zum ersten Mal – das Thema „Hartz IV“ auf dem Programm des Arbeitskreises. Beeindruckt waren die Teilnehmer der Tagung vom Referat „Zukunftsfähige Investitionen von Kommunen trotz knapper Kassen“, mit dem Manfred Nieland, Vorsitzender der EWMG-Geschäftsführung, über die Möglichkeiten und Ziele der Entwicklungsgesellschaft informierte. Praktische Beispiele der EWMG-Aktivitäten sahen die Politiker anschließend im Nordpark, wo unter anderem Borussen-Präsident Rolf Königs die Runde zum Heimspiel gegen den HSV begrüßte.

"Die meisten unserer Gäste waren zum ersten Mal hier", sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Rolf Besten nach der Tagung, "und ich bin sicher, dass sie in ihren Heimatstädten positiv über Mönchengladbach berichten werden."

CDU für Kauf nicht-städtischer GEM-Anteile

Partnerschaft der richtige Schritt

Auf Antrag von CDU und FDP hat der Rat die Verwaltung beauftragt, gegenüber der RWE Umwelt AG das Interesse der Stadt Mönchengladbach am Kauf des 50-Prozent-Anteils, den die RWE Umwelt AG an der GEM Gesellschaft für Wertstoffeffassung, Wertstoffverwertung und Entsorgung Mönchengladbach mbH hält, deutlich zu machen und das Ziel zu verfolgen, die Gesellschaftsanteile an der GEM zu 100 Prozent in städtisches Eigentum zu bringen.

In der Begründung des Antrags heißt es unter anderem: Die Gründung der GEM und die in diesem Zusammenhang eingegangene Partnerschaft mit der Firma Trienekens - heute RWE Umwelt AG - war im Jahr 1992 vor dem Hintergrund der Vorgaben, eigene Entsorgungsanlagen schaffen zu sollen, der richtige Schritt gewesen. Denn nach Abschluss eines grundlegenden Entsorgungsvertrages mit der Firma Trienekens konnte auf solche eigenen Anlagen verzichtet werden. Vor dem Hintergrund eines dringend erneuerungsbedürftigen Fuhrparks der Müllabfuhr und der Straßenreinigung war es eine folgerichtige Entscheidung, den Regiebetrieb in die GEM überzuleiten. Hiermit war auch verbunden, Abfallentsorgung und Straßenreinigung in Mönchengladbach auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen.

Die Entscheidung für ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen mit zwei gleichberechtigten Partnern hat sich als richtig erwiesen, weil so die Basis geschaffen wurde, die erforderlichen Maßnahmen in vergleichsweise kurzer Zeit umzusetzen.

Entwicklung verlief sehr positiv

Im Verlauf der Jahre hat sich die GEM sehr positiv entwickelt, was nicht zuletzt an einem modernen Fuhrpark, neuen Verwaltungs- und Betriebsgebäuden sowie an der Ausschüttung von Dividenden deutlich wird.

Das Unternehmen befindet sich inzwischen in einer Situation, in der es in der Lage wäre, die von der Stadt Mönchengladbach erwarteten Leistungen auch ohne privaten Partner zu erbringen. Da die RWE AG zwischenzeitlich 70 Prozent ihres Tochterunternehmens RWE Umwelt AG verkauft hat und darüber hinaus bekannt ist, dass sie sich auch von ihren verbliebenen Umwelt-Aktivitäten trennen möchte, ist der Erwerb der Anteile der RWE Umwelt West GmbH an der GEM durch die Stadt Mönchengladbach sinnvoll.

Partner blieben bei klarer Linie

Nachdem der Rat in seiner konstituierenden Sitzung bereits die Vertretung der Stadt Mönchengladbach in den Gesellschafter- bzw. Hauptversammlungen von acht Gesellschaften mit städtischer Beteiligung (EWMG, WFMG, MGMT, Sozial-Holding, Kreisbau AG, GWSG, NVV, GEM) neu geregelt hatte, stand in der jüngsten Sitzung die entsprechende Regelung für acht weitere Gesellschaften, an denen die Stadt in unterschiedlicher Höhe beteiligt ist, auf der Tagesordnung.

Nicht gegen Person des OB gerichtet

CDU und FDP blieben bei ihrer klaren Linie, diese Vertretung bei Unternehmen, deren Geschäftstätigkeit sich überwiegend auf Mönchengladbach bezieht, von Mitgliedern ihrer Fraktionen wahrnehmen zu lassen. So werden zukünftig CDU-Ratsmitglieder als Vertreter der Stadt Mönchengladbach in den Gesellschafter- bzw. Hauptversammlungen der Altenheim GmbH, der Lokalradio MG Betriebs-gesellschaft und der Rheydter Grundstücks GmbH tätig sein. Als Vertreter in der Hauptversammlung der Gladbacher Bank AG benannten CDU und FDP Stadtkämmerer Bernd Kuckels.

CDU-Fraktionsvorsitzender Rolf Besten betonte aufgrund der Kritik an dieser Vorgehensweise nochmals, dass die Entscheidung von CDU und FDP nicht gegen die Person des Oberbürgermeisters gerichtet sei. Die Ratsmehrheit sei es allerdings ihren Wählern schuldig, ihre Mehrheit an jeder Stelle einzusetzen,

**Warnung
vor falschem
Eindruck**

an der dies möglich sei. Da der § 113, Absatz 2, der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen diese Möglichkeit bei der Vertretung der Gemeinde in Gesellschafter- bzw. Hauptversammlungen ausdrücklich zulasse, nutzten CDU und FDP diese Möglichkeit. Wer dies nicht wolle, müsse sich für eine Änderung der Gemeindeordnung einsetzen. Im übrigen sei durch die Entscheidung von CDU und FDP sichergestellt, dass sich die Mehrheitsverhältnisse des Rates nun durchgängig in den Aufsichtsräten und in den Gesellschafter- bzw. Hauptversammlungen widerspiegeln.

Besten warnte vor dem falschen Eindruck, dass aufgrund der Entscheidung zur Gesellschaftervertretung der Oberbürgermeister nun keinerlei Möglichkeiten mehr habe, in den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung mitzuwirken. "Das Gegenteil ist richtig. Dieselbe Gemeindeordnung, auf die sich CDU und FDP stützen, regelt eindeutig, dass der Oberbürgermeister in allen Aufsichtsräten, in die der Rat mehr als einen städtischen Vertreter entsendet, Mitglied sein muss", so Besten. "Der Oberbürgermeister hat daher alle Möglichkeiten, sich detailliert über alle Vorgänge in den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung zu informieren und seinen Sachverstand in die Arbeit dieser Gesellschaften einzubringen."

§ 113 (2) GO NRW
In Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter dazuzählen.

Kurz berichtet

**Zeitplan
nur leicht
verzögert**

Neues Zentralbad: Trotz erheblicher Probleme bei der Gründung des Gebäudes liegen die Arbeiten für den Neubau des Zentralbades an der Lürriper Straße/Ecke Breitenbachstraße nur leicht hinter dem Zeitplan zurück. Eine Veränderung gibt es in dem Gebäudeteil, der für eine Vermietung an einen privaten Partner vorgesehen ist. Hier stimmte die CDU-Fraktion zu, dass dieser Bereich zugunsten einer besseren Verwertbarkeit bautechnisch anders gestaltet wird als ursprünglich geplant. Bemühungen, dort einen Saunabetreiber als Investor und Betreiber zu gewinnen, steht die CDU positiv gegenüber. Sie möchte die Nutzungsmöglichkeiten in diesem Gebäudeteil aber nicht auf einen Saunabetrieb beschränken.

**Interesse
an großer
Lösung**

Ehemaliges Schauspielhaus: Der Rücktritt des Investors HBB vom Kaufvertrag für das Grundstück des ehemaligen Schauspielhauses war für die CDU-Fraktion enttäuschend. Er war letztendlich aber konsequent, weil HBB keine Möglichkeit sah, das geplante Projekt aufgrund fehlender Mieter zeitnah zu realisieren. Einen neuen Ansatzpunkt, die Situation an dieser städtebaulich wichtigen Stelle zu verbessern, sieht die CDU-Fraktion beim neuen Eigentümer der benachbarten Theatergalerie. Er hat bereits deutlich gemacht, dass er größtes Interesse an einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation seines Objektes hat, die er nur im Rahmen einer "großen Lösung" für möglich hält. Entsprechend will er intensiv mitarbeiten, Partner für eine solche Lösung zu finden.

Mehrzweckhalle Neuwerk: In Neuwerk soll unmittelbar neben der heutigen Mehrzweckhalle eine neue Halle mit multifunktionalen Nutzungsmöglichkeiten gebaut werden. Die CDU hat sich dafür ausgesprochen, die Pläne des Architekturbüros Brings + Hunger umzusetzen, die eine dreifach teilbare Halle mit fester Bühne, Tribüne und den dazu gehörenden Funktionsräumen vorsehen. Zu klären ist allerdings noch die Finanzierung der neuen Halle, da im Haushalt bisher lediglich Sanierungskosten für die alte Halle veranschlagt waren.

Nachfolger für Beigeordnete Zielke gesucht

**Besetzung
dringend
geboten**

Die durch den Wechsel der Beigeordneten Beate Zielke, die in Krefeld zur Stadtdirektorin gewählt worden ist, frei gewordene Stelle im Verwaltungsvorstand soll nach dem Willen von CDU und FDP schnellstmöglich neu besetzt werden.

In der Begründung des entsprechenden Antrags in der Ratssitzung heißt es unter anderem: "Die zahlreichen Aufgaben im Dezernat III, welche die ausgeschiedene Beigeordnete zu verantworten hatte, können dauerhaft von den verbliebenen Beigeordneten nicht zusätzlich übernommen werden. Deshalb ist für die Ratsfraktionen von CDU und FDP die Neubesetzung der Leitung des Dezernates III dringend geboten."

Das Dezernat umfasst das Personalamt, den Fachbereich Verwaltungsentwicklung und Verwaltungsservice, den Fachbereich Bürgerservice (einschl. Standesamt und Meldeamt), das Amt für öffentliche Ordnung (einschl. Ausländeramt und Straßenverkehrsamt) und den Fachbereich Feuerwehr.

Erwünscht sei von den Bewerbern, so der Text der Stellenausschreibung, die Bereitschaft zur Fortentwicklung der Verwaltungsreform und zur Verlagerung bisher zentraler Entscheidungskompetenzen in Personal- und Organisationsangelegenheiten auf die Fachbereiche, Ämter und Dezernate.

Finanzielle Entlastung nicht angemessen

**Land hält
seine Zusage
nicht ein**

Was beabsichtigt die Verwaltung zu tun, um gegenüber der Landesregierung das Interesse der Stadt Mönchengladbach an einer angemessenen, also höheren finanziellen Entlastung aufgrund der Wohngeldreform deutlich zu machen?

Diese Anfrage stellte die CDU-Fraktion in der jüngsten Ratssitzung vor dem Hintergrund, dass das Land Nordrhein-Westfalen zugesagt hatte, seine finanzielle Entlastung aufgrund der Wohngeldreform in Höhe von 450 Millionen Euro an die Kommunen weiterzugeben. Nun ist allerdings geplant, diesen Betrag - ohne Rücksprache mit den Kommunen - um 220 Millionen Euro für die "Sonderentlastung Ost" zu reduzieren. Entsprechend der Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen aus den Gemeinschaftssteuern wäre jedoch eine Beteiligung der Kommunen an der "Sonderentlastung Ost" mit einem Anteil von 23 Prozent (= 50,6 Millionen Euro) angemessen.

Namen + Nachrichten

**Aufsichtsräte
wurden neu
besetzt**

Bei der Stadtparkasse Mönchengladbach hat der neue Verwaltungsrat seine Arbeit aufgenommen. Neben **Norbert Post**, den der Rat zum Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt hatte, gehören für die CDU **Herbert Backes**, **Reiner Brandts**, **Elke Hermanns** und **Karl-Heinz Schiffer** dem Verwaltungsrat an.

Auch die neuen Aufsichtsräte von Kreisbau AG und Sozial-Holding der Stadt Mönchengladbach sind im Amt. Bei der Kreisbau AG ist die CDU durch **Karl-Heinz Schiffer** (Vorsitzender), **Axel Zimmermann** (stv. Vorsitzender) und Bürgermeister **Michael Schroeren** vertreten, bei der Sozial-Holding durch **Frank Boss** (Vorsitzender), **Ulrich Bunkowitz** und **Wolfgang Dreßen**.

Der neue Polizeibeirat hat in seiner ersten Sitzung den CDU-Ratsherrn **Ulrich Bunkowitz** zum Vorsitzenden gewählt. Weitere von der CDU in dieses Gremium entsandte Mitglieder sind **Reiner Brandts**, der auch als Mönchengladbacher Vertreter im Polizeibeirat des Regierungspräsidenten gewählt wurde, **Dieter Breymann**, **Erwin Rüttgers**, **Hans Werner Schoutz** und **Peter Uhler**.

Vier Mitglieder der CDU-Ratsfraktion sind in den neuen Integrationsrat der Stadt gewählt worden, der insgesamt 24 Mitglieder hat. 16 davon haben die in Mönchengladbach lebenden Ausländer direkt gewählt, acht hat der Rat ent-

sandt. Für die CDU arbeiten **Udo Blank**, **Martin Kirschbaum**, **Dietmar Kirschner** und **Wolfgang Oertel** im Integrationsrat mit.

Die beiden CDU-Ratsherren **Karl-Heinz Schiffer** und **Hans Werner Schoutz** haben auf ihre Mandate in der Bezirksvertretung Rheydt-West verzichtet. Nachrücker von der CDU-Reserveliste sind **Winfried Hansen** und **Franz-Josef Esser**.

Beim 18. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Düsseldorf waren aus der CDU-Ratsfraktion **Norbert Post** und Geschäftsführer **Hans Wilhelm Reiners** als Delegierte dabei. Die beiden weiteren Mönchengladbacher Delegierten waren Bundestagsabgeordneter **Dr. Günter Krings** und **Stefan Wimmers**.

Aus den Stadtbezirken

CDU ließ bei Tempo 30 nicht locker

Rheydt-Mitte: Im März dieses Jahres war ein Antrag der CDU-Bezirksfraktion, die Tempo-30-Zone in Geneicken um ein Teilstück der Geneickener Straße zu erweitern, von der Verwaltung noch mit der Begründung abgelehnt worden, die Geneickener Straße stünde für eine Zonenregelung nicht zur Verfügung. Doch die CDU-Bezirksfraktion ließ nicht locker. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung in diesem Bereich mit etwa 13.000 Fahrzeugen täglich, die für die Anwohner nicht länger zumutbar sei, stellte sie den Antrag in der November-Sitzung der Bezirksvertretung erneut - diesmal mit Erfolg.

Rheydt-West: Mit der Überarbeitung des Durchführungsplanes 1505 a, den die CDU-Bezirksfraktion beantragt hat, sollen im Klusenstraße/Am Hockstein unter anderem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterungsabsichten des im Planbereich liegenden Hotels Elisenhof geschaffen werden. Beim Hotel Elisenhof handele es sich, so die Begründung der CDU, um ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen, dessen Expansionsabsichten unterstützt werden sollten. Dies dient der Standortsicherung des Hotels und damit auch dem Erhalt der Arbeitsplätze.

Neue Anschrift? Neuer Interessent?

Hat sich Ihre Anschrift geändert? Kennen Sie jemanden, der am regelmäßigen Bezug von "CDU direkt" Interesse hat? Möchten Sie "CDU direkt" nicht mehr beziehen? Dann füllen Sie bitte diesen Abschnitt aus und schicken ihn per Brief oder Fax an die Fraktionsgeschäftsstelle (Anschrift siehe unten) zurück. Oder schicken Sie uns eine Nachricht per eMail. Vielen Dank!

Interesse an noch aktuellerer Information durch unseren eMail-Dienst "cdu mg informiert"? Dann schreiben, faxen oder mailen Sie uns Ihre eMail-Adresse. Wir nehmen Sie dann kurzfristig in unseren Verteiler auf.

Name, Vorname

alte Anschrift

neue Anschrift

Bitte schicken Sie mir "CDU direkt" nicht mehr zu.

Bitte nur noch per Fax

Bitte nur noch per eMail

Herausgeber: CDU-Fraktion im Rat der Stadt Mönchengladbach / Fraktionsvorsitzender Rolf Besten
 Redaktion: Fraktionsgeschäftsführer Hans Wilhelm Reiners
 Anschrift: Regentenstr. 11 / 41061 Mönchengladbach / Fon: 02161-181177 / Fax: 02161-207839
 Internet: <http://www.cdu-mg.de> / eMail: fraktion@cdu-mg.de